

24.2.20

IG Metall verzichtet auf konkrete Lohnforderung

Die Gewerkschaft will mit den Arbeitgebern ein „Zukunftspaket“ zur Jobsicherung vereinbaren.

Erich Reimann

■ **Düsseldorf.** In den Tarifverhandlungen für die rund 700.000 Beschäftigten der nordrhein-westfälischen Metallindustrie hoffen Arbeitgeber und IG Metall auf eine Einigung noch vor dem Ende der Friedenspflicht am 28. April. Der Verhandlungsführer der IG Metall, Knut Giesler, sagte: „Wir haben drei intensive Gespräche mit Metall NRW geführt. Dabei wurde deutlich, dass auf beiden Seiten ein ernsthafter Versuch unternommen wird, innerhalb der Friedenspflicht Lösungen zu erarbeiten“.

Auch der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Metall NRW, Luitwin Mallmann, beschrieb die bisherigen Verhandlungen als „zufriedenstellend“ und lobte das Bemühen beider Seiten, in einer konjunkturell und strukturell schwierigen Situation vernünftige Lösungen zu finden. Er betonte allerdings gleichzeitig: „In der Sache sind wir noch weit auseinander.“

Die Tarifkommission der Gewerkschaft verzichtete am

Donnerstag darauf, eine konkrete Lohnforderung für die Metall-Beschäftigten in NRW zu stellen. Man wolle allerdings einen Gehaltszuwachs oberhalb der Inflationsrate durchsetzen, um die Kaufkraft der Mitglieder zu steigern, hieß es. Bei der vorhergehenden Runde im Jahr 2018 hatte die Gewerkschaft 6,0 Prozent verlangt.

Um möglichst keine Jobs zu gefährden, will die Gewerkschaft ein „Zukunftspaket“ sondieren. Bestandteil sollen Regeln bei einer Unterauslastung von Betrieben sein, um Kündigungen zu vermeiden. Außerdem soll es bessere Bedingungen zur beruflichen Qualifizierung und zur Altersteilzeit geben.

Giesler appellierte an den Arbeitgeberverband, auf seine Mitgliedsfirmen einzuwirken, keine einseitigen Personal-, Abbau- oder Verlagerungspläne zu verkünden. „Es wird nur zu Lösungen innerhalb der Friedenspflicht kommen, wenn alle Parteien gemeinsam den Weg der Beschäftigungssicherung auch gehen wollen“, sagte er. > *Meinungsbörse*